

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, Nr. 1.-, für das Ausland Nr. 10.-, ...

Bezugspresse: Bei freier Zustellung ins Haus durch Zeitsendungsstellen ...

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstraße 4. Fernsprechnummern: 13 525, 13 635, 13 897 und 17 109. Postfachkonto: Leipzig Nr. 2060

Das französische Budget

Deutschland soll die französischen Rückstellungen bezahlen. Genf, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Das französische Finanzministerium teilt mit, dass nunmehr alle wichtigen Ministerien ihre Ausgabenrechnungen für 1921 eingereicht haben...

Die eifrischen Rekruten

Genf, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Der Daily Telegraph meldet die Ankunft der neuen eifrischen Rekruten in Paris. Die Jungen werden unter die französischen Rekruten verteilt. Die Verteilung unter den Kameraden erfolgt vorläufig durch Helmsprache.

Der polnisch-russische Vorfrieden

Genf, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Savoy meldet zum polnisch-russischen Vorfrieden: Die endgültigen Friedensverhandlungen beginnen am 20. Oktober in Warschau. Die polnische Armee bleibt bis dahin in Kreislauf. Die Polen haben in Luga das Befehlen eines Blauschlusses mit der Regierung des Generals Wrangel in Südrußland angeschlossen.

Nur eine Landtagswahl

Von Ministerialdirektor Dr. Dehno. Die verfassunggebende schlesische Nationalversammlung, genannt Volksversammlung, geht ihrem Ende entgegen. Ihr Nachfolger wird ein schlesischer Landtag sein. In einem Jahr zwei große Parlamentswahlen, Reichs- und Landtagswahl, ist in der Tat etwas reichlich. Die Gefahr, dass die Landtagswahl unter einer allgemeinen Wahlmöglichkeit leidet, besteht zweifellos, besonders in den Kreisen der nicht sozialistischen Wähler.

Die Kontrolle der deutschen Steuerleistung

Genf, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Daily Telegraph meldet aus Paris: Hier hat die Kommission der Berliner Entente-Kommission angetreten, um dem Vorkomitee über die deutsche Steuerleistung Bericht zu erstatten. Unabhängig von dem Vorkomitee ist die deutsche Steuerleistung nach dem Vertrag über die Reparationen in der Währungsfrage der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Erfüllung des Friedensvertrages einzuordnen.

Das Ende der Brüsseler Konferenz

Brüssel, 9. Oktober. Die internationale Finanzkonferenz hat gestern nachmittags ihre letzte Sitzung abgehalten. Präsident Klotz verlas einen ausführlichen Bericht, der die Gesamtergebnisse aus den Kommissionen zusammenfasst. Bemerkenswert ist, dass als letzte Formel für die Überwindung aller Schwierigkeiten Arbeit und Sparsamkeit in den Vordergrund gerückt werden. Klotz erklärte, dass eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine geordnete Wiederaufnahme der Beziehungen der Völker sei, dass die Völker hoffen, dass der Völkerbund in dieser für die Weltarbeit vorzusehen werde.

Der Vormarsch Wrangels

Genf, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Daily Telegraph bringt die Mitteilung eines Moskauer Korrespondenten, wonach die Truppen des Generals Wrangel 25 Kilometer vor Charkow stehen.

Eingreifen Frankreichs gegen Sowjetrußland

Paris, 9. Oktober. Die Humanität rechnet damit, dass ein militärisches Eingreifen Frankreichs in den Kampf mit Sowjetrußland in Kürze zu erwarten sei. General Wrangel, der gegenwärtig in Sestroretsk mit französischen Freiwilligen zusammensteht, soll die Unterstützung erhalten haben, dass die französischen Streitkräfte von Süden her einen Vorstoß gegen die Bolschewiken unternehmen würden. Die im Schwarzen Meer befindlichen französischen Kriegsschiffe sowie die in Konstantinopel befindlichen Truppenabteilungen seien für diese Zwecke bereitgestellt.

Die deutsch-französischen Verhandlungen

In unterrichteter Stelle wird uns über die deutsch-französischen Verhandlungen folgendes mitgeteilt: Dem französischen Vorkomitee Laurent ist bei seiner Reise nach Paris durch den Minister Dr. Simon eine Aufzeichnung übergeben worden, die den Vorkomitee in informelle Besprechungen mit den französischen Vorkomitee-Mitgliedern über die Fragen der Reparationen und des Finanzproblems vorzubringen soll. Einigen anderen lautenden Mitteilungen ist folgendes mit den Verhandlungen nicht begonnen worden. Französische Vorkomitee ist auch noch keine Mitteilung über eine etwaige Einigung über die deutschen Reparationen gemacht worden. Deutsche Vorkomitee hat die Entscheidung des Problems, die man schon jetzt als unlöslich betrachtet, liegen nicht vor. In der deutschen Vorkomitee sind lediglich die äußeren Formen der Reparationsfrage und die Unterlegung festgelegt worden, von denen aber abgesehen werden könnte. Wenn französische Vorkomitee andere Vorschläge gemacht werden sollten, so werden sie geprüft werden. Es geht den Vorkomitee in der deutschen Vorkomitee vornehmlich um die sich geltendmachende Nachprüfung eines Spruches der Reparationskommission. Deutsche Vorkomitee ist wiederholt betont worden, dass die Reparationen zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz werden sollen, auf die Deutschland nach den Aufzeichnungen von Spa Anspruchs hat.

14 neue deutsche Konsulate in England

London, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Die Times melden die Wiedererrichtung von 14 deutschen Konsulaten in England und von 1. Dezember. Die Genehmigung der englischen Regierung auf die deutschen Anträge ist bereits erteilt.

Der internationale Freihandelskongress

London, 9. Oktober. Der internationale Freihandelskongress hat seine Arbeiten beendet. Der deutsche Delegierte Herr Klein, der am Erscheinen verhindert war, hatte eine schriftliche Darlegung über die Handelspolitik vorgelegt, die vorgelesen wurde. Schließlich nahm der Kongress eine Entschließung an, in der die allgemeine Einführung des Freihandels gefordert wird. Es wurde beschlossen, eine Abschrift der Entschließung an den Völkerbund zu senden. Der nächste Kongress soll in Holland abgehalten werden.

Polen und Litauen

Warschau, 9. Oktober. Die litauische Regierung hat anlässlich der immer kritischer werdenden Lage an die Vertreter der Entente den Antrag gestellt, die vorläufige Verwaltung der Stadt Wilna in ihre Hand zu nehmen. Die litauische Regierung stellt die Kommandante und Militärverwaltung.

Ein Zerwürfnißbefehl der Entente

Eine dieser Tage in der Maschinenfabrik Langsbürg-Rüdnberg in Langsbürg erscheinende Entente-Kommission hat dort den Gehör an die Entente-Kommission aufgenommen. Diese Kommission soll nach dem Diktat der Entente verhandelt werden. Als Grund für dieses wahnwitzige Vorgehen wurde angegeben, dass die Gefahr besteht, dass die Kommission wieder auf U-Booten Verhandlungen führen. Die Direktoren der Fabrik wollten die Verhandlungen mit allen Mitteln verhindern. Eine Abordnung von Arbeitern und Angehörigen ist nach Berlin geeilt, um bei den zuständigen Reichsbehörden vorzugehen. Auch der bairische Handelsminister Hamm ist bemüht, die Durchführung dieser Forderung zu verhindern. Die Reichsbehörden Durchsetzung des Zerwürfnißbefehls würde die Aufhebung großer Industriegruppen zur Folge haben, besonders bei der jetzt herrschenden Rohstoffknappheit, die die Verwendung von Dieselmotoren als außerordentlich zweckmäßig erscheinen läßt.

Die Danziger Frage

Paris, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Der Danziger Oberbürgermeister Sabau, der sich zur Zeit in Paris aufhält, um mit der dort gleichfalls anwesenden polnischen Delegation vor dem Obersten Rat über die Danziger Frage zu verhandeln, gab einem Vertreter des 'Welt Journal' ein Interview, in dem er sich über die Absichten der Danziger Delegation äußerte. Oberbürgermeister Sabau erklärte zunächst, dass er weder Litauer noch Pole, sondern Danziger sei. Während des Krieges sei er in Warschau nicht politisch gewesen, sondern habe die Lebensmittellieferung geleitet. Er habe niemals in Verbindung mit Bolschewiken gestanden. Die Danziger Oberbürgermeister hätten nur über die revolutionäre Bewegung in Rußland auf dem laufenden bleiben wollen. In Paris werde die Danziger Delegation ausschließlich auf der Grundlage des Versailles-Vertrages verhandeln und die Schaffung des Freihandels Danzig sicherstellen. Mit der Bestimmung des Versailles-Vertrages, dass Danzig ein unabhängiger Staat unter dem Schutze des Völkerbundes sei, wären jedoch die anspruchsvollen Forderungen der Polen nicht zu vereinbaren. Die Delegation hoffe, daß es ihr gelingen werde, ihren Standpunkt durchzusetzen. Im weiteren Verlauf der Unterredung gab Sabau an, daß er erst seit 1919 in Danzig wohne. 'Welt Journal' fragt hieran die Erklärung, daß die Interventionen Oberbürgermeister Sabaus vor dem Obersten Rat auf die Danziger Oberbürgermeister Sabaus von der Kriegsschuldigenliste lediglich auf diplomatischen Gründen erfolgt sei, da Oberbürgermeister Sabau vor dem Obersten Rat nicht einem Angehörigen gegenüberstehen würde.

Der Abstimmungstermin für Oberschlesien

Genf, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Die Exekutive-Kommission meldet, daß die französische Regierung beim Vorkomitee die Anberaumung der Abstimmungsfeierlichkeiten in Oberschlesien für die erste Dezemberwoche beantragt hat.

Die sozialistische Krise in Italien

Rom, 9. Oktober. Zur Frage der Dinaufklärung der gemäßigten Elemente aus der sozialistischen Partei und aus den von Moskau gestellten Bedingungen schreibt der sozialistische Abgeordnete Prampolini, es handle sich um die Deklaration nicht des ganzen Proletariats, wie sie auf dem Kongress in Bologna festgesetzt wurde, sondern einer kleineren Minderheit, die sich der Mehrheit mit roter Gewalt aufdränge. Rame sie morgen zur Macht, so würde sie die Presse- und Versammlungsfreiheit vollständig unterdrücken und zu Hunderten und Tausenden diejenigen ins Gefängnis oder in den Galgen bringen, die sie als gefährlich oder aufständisch erachte. Prampolini erinnert an die vom russischen Blatte 'Sowjetnik' am 20. Juli d. J. veröffentlichte Botschaft von 808 Todesurteilen, die in Rußland in der Zeit vom 22. Juni bis 22. Juli gefällt worden sind. Prampolini fragt weiter, wie lange die Diktatur, wenn sie in Italien eingeführt würde, bestehen könnte, wie lange es dauern würde, bis sich die Waffe davon überzeuge, daß die auf russische Art entstandene und ungeliebte Diktatur des Proletariats in Wahrheit lediglich eine neue Tyrannei sei, und daß es unmöglich sei, auf der Spitze der Bajonette zu regieren.

Die deutschen Abwicklungsstellen

Berlin, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Wie wir schon mitgeteilt haben, hat General Klotz bereits am 15. September von der deutschen Regierung gefordert, daß mit dem 1. Oktober die Abwicklungsstellen auszulisten seien. Der Grund dieser Forderung ist in dem Mißtrauen zu suchen, das die Entente gegen diese Kommissare hat, weil sie fürchtet, sie könnten als Kämpfer zur Wiedererrichtung des alten Geozes benutzt werden. Dieses Mißtrauen ist vollkommen unbegründet. In den Verhandlungen, die der deutsche Abwicklungs-Kommission mit dem Vertreter des Generals Klotz, General Barotius, geführt hat, ist der internationalen Kommission die Grundlosigkeit dieses Mißtrauens klargelegt worden. Das in diesen Verhandlungen von deutscher Seite vorgelegte Material ist der Entente außerdem noch in einer Note vorgelegt worden. Eine Antwort auf diese Note steht noch aus, doch hat man Hoffnung, daß die Entente den deutschen Standpunkt würdigen wird, da eine französische Aufstellung der Abwicklungsämter die Erfüllung einer gewisser Friedensbedingung an sich geradezu unmöglich machen müßte.

Der Kampf um Kärnten

Klagenfurt, 9. Oktober. Der neue Versuch der Serben, auswärtige Abstimmungs-berechtigte von der Abreise abzuhalten, ist die Vertreibung der Kärntner, Kärnten werde ohne Abstimmung Österreich zugesprochen werden. Ein Telegramm solchen Inhalts mit singulärer Unterschrift der Bundesregierung ist sogar der Bezirkskommission in Wien zugegangen.

Die bulgarischen 'Kriegsverbrecher'

Offen, 9. Oktober. (Via Drahtbericht.) Die 'Weltliche-Weltliche Zeitung' berichtet aus Wien: Die Entente hat im Namen Rumänien, Serbien und Griechenland der bulgarischen Regierung eine Note zugehen lassen, in der die Auslieferung von 500 Militärs und Zivilpersonen als Kriegsverbrecher gefordert wird. Darunter befinden sich der frühere Fürst Ferdinand, Ministerpräsident Radoffow und Generalissimo Jelow.

Die deutsche Abwicklungsstellen

Die Frage ist zu verneinen. Was der Landtag an Stoffgebiet verliert, hat er an politischer Bedeutung gewonnen. Es kann nicht oft genug gesagt und nicht laut genug den politischen Indifferenten ins Ohr geschrien werden: wir haben auch im Lande eine parlamentarische Verfassung! Der Landtag ist der Träger der Regierung. Es wird in Sachsen so regiert, als das Land wird so verwaltet, wie es der Landtag haben will. Mögen die Gesetze in Berlin gemacht werden, durchgeführt werden auch die Reichsgesetze in welchem Umfange von der Landesregierung. Der Einfluß auf diese Regierung haben wir, muß Einfluß im Landtage haben. Das müßten sich gerade die bürgerlichen Kreise sagen, die zwar tagtäglich die Maßnahmen der Regierung schärft und

Wirtschaftliche Zeitbestimmung im Rheinland

Von unabhängiger Stelle wird uns mitgeteilt: Auf die deutsche Verhältnisse an den Obersten Rat wegen Einführung der mittlereuropäischen Zeit in den besetzten Gebieten ist eine Antwort eingelaufen, in der erklärt wird, daß die Frage schon am 1. Februar d. J. durch die hohe Rheinlands-Kommission geregelt worden sei. Zudem die als eifrigste Zeit für das sind

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.